

Verbesserungen feststellen. Es sind deutliche Verbesserungen im Hinblick auf Wartezeiten auf Drogenberatung, auf den Umfang der anstaltsinternen Beratung durch interne und externe Berater und im Hinblick auf die Vermittlung in externe Therapiemaßnahmen.

Meine Damen und Herren, die Belastungssituation in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist nach wie vor sehr hoch. Das ist richtig. Deshalb haben wir in diesem Jahr 125 und damit annähernd zwei Drittel der kw-Vermerke im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst gestrichen. Die Haushaltssituation lässt die Streichung weiterer kw-Vermerke nicht zu.

(Frank Sichau [SPD]: Das sind keine neuen Stellen!)

Meine Damen und Herren, engagierte und verantwortungsbewusste Mitarbeiter auf allen Ebenen der Justiz garantieren auch weiterhin wirksamen Rechtsschutz. Dabei unterstützen wir unsere Mitarbeiter im Rahmen des Möglichen auch durch Haushaltsmaßnahmen. So schaffen wir nach einer ersten entsprechenden Maßnahme im Jahre 2006 mit dem Haushaltsentwurf 2008 erneut mehr als 200 Stellen für Angestellte im mittleren Dienst, und zwar für Angestellte, die schon mehr als zwölf Jahre und länger mit immer wieder befristeten Verträgen für die Justiz arbeiten, ohne die Sicherheit auf Weiterbeschäftigung zu haben. Diese Mitarbeiterinnen – meistens sind es Mitarbeiterinnen – erhalten endlich Sicherheit. Sie können endlich unbelastet von Existenzsorgen arbeiten und endlich in eine Lebens- und Familienplanung eintreten.

Der Haushalt 2008 ist im Übrigen geprägt durch Investitions- und Organisationsmaßnahmen, die darauf abzielen, Haushaltsmittel wirtschaftlicher und flexibler einzusetzen und einen reibungslosen Geschäftsablauf sicherzustellen. Ich nenne nur beispielhaft die Reform des Haushalts- und Rechnungswesens mit Schaffung von Produkthaushalten erstmals in einer gesamten Budgeteinheit, im Justizvollzug. Ich nenne die Weiterentwicklung der Informationstechnik, wobei der Zentralisierung der IT-Services und Bündelung in einem Rechenzentrum eine Schlüsselfunktion zukommt. Sie wird die Verfügbarkeit und Flexibilität der IT-Infrastruktur noch einmal um ein Vielfaches erhöhen und Ressourcen für die Rechtspflege freisetzen.

Ich weiß, meine Damen und Herren – und darüber sind wir uns in der Justiz klar –: Das nächste Jahr mit den bereits seit Jahren beschlossenen Stelleinsparungen wird sehr schwierig. Aber angesichts der Finanzsituation sind weitere Einsparun-

gen unvermeidbar. Der Haushaltsentwurf 2008 schafft mit den beispielhaft aufgezeigten Maßnahmen und weiteren Maßnahmen die Grundlage für eine weiterhin gute Arbeit der nordrhein-westfälischen Justiz unter harten Rahmenbedingungen. Ich bitte um Ihre Unterstützung für diesen Entwurf.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 04**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge Nummern 44 bis 46 und dann über den Einzelplan insgesamt.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5662**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/5623**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5663**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 04** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5504**. Wer ist für die Annahme der Beschlussempfehlung? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne. Enthält sich jemand im Raum? – Nein. Damit ist diese Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Ich rufe **Einzelplan 14** auf:

#### **Ministerium für Bauen und Verkehr**

Der Einzelplan 14 beinhaltet die Teilbereiche „Städtebau und Wohnen“ und „Verkehr“. Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5514 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 47 und 48 der Tischvorlage hin.

Ich eröffne die Beratung über den **Teilbereich „Städtebau und Wohnen“** und erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Monika Ruff-Händelkes das Wort.

(Dietmar Brockes [FDP]: Jetzt kommt die Rede, die Sie schon gehalten haben!)

**Monika Ruff-Händelkes (SPD):** Warten Sie es ab, Herr Brockes.

(Dietmar Brockes [FDP]: Es stand ja schon in der Zeitung, dass Sie diese Rede halten werden! – Gegenruf von Britta Altenkamp [SPD]: Herr Brockes ist ein rhetorisches Naturtalent, wie wir alle wissen!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon wunderbar, Herr Brockes. Sie sollten gleich ganz genau zuhören, was denn Neues dazugekommen ist.

Meine Damen und Herren, worum geht es heute? – Es geht um die Darstellung eines Haushaltes eines Ministers und damit einer Landesregierung, der den Anforderungen der Zukunft nicht gerecht wird.

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte zwei ganz wichtige Dinge kurz aufzeigen. – Das Wohnraumförderungsprogramm – das ändert sich auch nicht, wenn Sie laut dazwischenreden – ist jedes Jahr gekürzt worden. Es ist von 980 Millionen € in 2005, dem letzten Jahr von Rot-Grün, auf 840 Millionen € im Haushaltsjahr 2008 zurückgegangen. Das ist eine Kürzung – ich sage es noch einmal – um 140 Millionen € oder 14,2 %. Das ist Abbau von sozialem Wohnungsbau; das wissen Sie ganz genau, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen.

(Unruhe)

Der zweite Punkt – ich mache es heute kürzer, aber am Ende werden Sie merken, dass sich doch einiges verändert hat – betrifft das Landeswohnungsbauvermögen. Seit 2006, meine Damen und Herren, gibt es vom Land keine Haushaltsmittel für Wohnraumförderungsprogramme. Es wird kleiner. Und zusätzlich wird der Wfa seit 2006 – und das ist ganz katastrophal – der Jahresüberschuss entzogen; das sind 441 Millionen € bis 2011. Da ist Fremdkapital nötig – das wissen die Fachleute –, und wir werden nachher hören, wer diese Rechnung letztendlich bezahlt.

Der Jahresüberschuss, meine Damen und Herren, wird meist aus den Einnahmen aus dem Verwaltungskostenbetrag kommen. Wenn dieser wegfällt – das ist nun einmal der Kostenbeitrag, den überwiegend die Wohnungsunternehmen

zahlen –, dann hat das Auswirkungen darauf, wie am Ende die Miete kalkuliert wird. Die Folge ist nämlich, dass die Darlehensnehmer – das ist immer die bekannte Lidl-Verkäuferin; das möchte ich Ihnen noch einmal sagen – nicht mehr die Bedingungen vorfinden können, die sie vorher vorgefunden haben.

Ich möchte ganz besonders auf die Mieterinnen und Mieter zu sprechen kommen. Denn diese würden sich in diesem Fall an den Sparmaßnahmen der Landesregierung beteiligen.

Es geht aber noch weiter. Der Solidarpakt, meine Damen und Herren, im revolving Fonds des Landeswohnungsbauvermögens wird aufgekündigt. Denn die derzeitigen Mieter, die heute die Verwaltungskosten zahlen – ich habe es gerade gesagt –, ermöglichen zukünftigen Sozialmietern die Chance auf preiswerten Wohnraum. Diese Chance wird vergeben.

Das Ganze hat sehr wenig mit Verantwortung zu tun, und es gibt vor allen Dingen keine Antwort auf den demografischen Wandel.

Ich weiß, dass unser Ministerpräsident, Herr Dr. Rüttgers, immer gerne sagt, dass alles schön sein müsse. Es müsse schöne Städte geben. Es müsse schöne Häuser geben. Aber von wirklicher Qualität für die Menschen ist nichts zu hören.

Jetzt komme ich zu Herrn Minister Wittke. – Herr Minister Wittke, Sie haben ein Gutachten in Auftrag gegeben; das sogenannte Pestel-Gutachten. Es soll Perspektiven bis zum Jahre 2025 aufzeigen. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Verkehr hat Herr Dr. Möller Fragen beantwortet, die wir als Abgeordnete dazu gestellt haben. Jawohl, es gibt einen hohen Bedarf an neuen Wohneinheiten. Es müssen 34.000 im Jahr sein, um dem Markt gerecht zu werden. Wir wissen auch, dass es regional unterschiedlich ist, aber wir wissen auch, dass es nicht ausgleichbar ist. Der Wohnungsmarkt ist eben nicht flexibel. Man kann Menschen nicht von hier nach dort verpflanzen.

Ganz wichtig ist – dies habe ich in meiner letzten Plenarrede ganz deutlich gemacht –, dass es einen Punkt gibt, hinsichtlich dessen es regional überhaupt keine Unterschiede gibt: Das sind die Wohnungsgrößen von ein bis zwei Bewohnern. Hier werden wir einen ganz deutlichen Zuwachs haben. Insofern freue ich mich, Herr Minister Wittke, dass wir uns in der letzten Ausschusssitzung darauf geeinigt haben, was wir unter Singles verstehen. Wir verstehen darunter nämlich nicht nur die jungen Leute, sondern natürlich auch die älte-

ren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die darauf angewiesen sind.

Jetzt komme ich zu den Qualitäten, meine Damen und Herren. Senioren- und familiengerecht ist kein Widerspruch. Darauf, Herr Minister, haben wir uns auch beim letzten Mal geeinigt; das freut mich ganz besonders. Das Gutachten spricht von zusätzlich 11.500 seniorengerechten Wohnungen pro Jahr.

Wovon das Gutachten noch spricht: Die Wohnungen müssen bezahlbar sein. – Das Pestel-Gutachten stellt fest, dass die einkommensschwächeren Haushalte im Segment der freifinanzierten seniorengerechten Wohnungen einfach ausgegrenzt werden, und – das ist besonders schwerwiegend – in Regionen, in denen jetzt schon Knappheit an solchem Wohnraum besteht, ist natürlich – das sagt einfach das Marktgesetz – mit steigenden Mieten zu rechnen.

Jetzt ist noch etwas wichtig; da sollten alle zuhören, aber besonders die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP. – Auf meine Frage an Herrn Dr. Möller: „Wie wichtig sind Wohnungen in der Sozialbindung heute und in Zukunft?“, kam die Antwort: Der Anstieg des gebundenen Wohnungsbaus ist wünschenswert. – Ich denke, Herr Minister, das ist nicht das, was sie sich gewünscht haben. Er hat aber die Realität beschrieben, und er hat vor allen Dingen ein wenig in die Zukunft gegangen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich wünsche mir von der Politik, dass das in Zukunft auch in diesem Hause stattfinden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf die vorgenannten Dinge gibt der Haushalt überhaupt keine Antworten. Erschreckend ist, Herr Minister – das sollen die Menschen draußen erfahren –, dass nur im Sozialministerium und in Ihrem Ministerium die Haushaltsmittel heruntergefahren werden.

Meine Damen und Herren, das zeigt das wahre Gesicht dieser Landesregierung. Dann ist es nicht mehr so schön, wie es der Ministerpräsident immer wieder darstellt und in seinen Reden betont. Dann ist es noch nicht einmal mehr eine schöne Fassade. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Ruff-Händelkes. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Sahren das Wort.

**Heinz Sahren (CDU):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich erbitte jetzt Ihren Beifall, denn ich gebe meine Rede zu Protokoll. *(Siehe Anlage 1)*

(Allgemeiner Beifall)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Sahren für diesen Beitrag zum Zeiteinsparen. Das wird dann interessant, wenn es nachgelesen wird und dann die weiteren Debatten in der dritten Lesung mit bestimmt.

Herr Kollege Rasche ist hoffentlich schon bereit. Ich weiß nicht, ob Sie damit gerechnet haben, dass der Kollege so schnell ist. Sie haben das Wort für die FDP-Fraktion. Bitte schön.

**Christof Rasche (FDP):** Liebe Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und trotz des überaus großen Interesses an meiner Rede gebe ich sie zu Protokoll. *(Siehe Anlage 1)* – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Ein weiterer Beweis für die gute Zusammenarbeit der Koalitionsfraktionen: abgestimmtes Verfahren zur Zeiteinsparung.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen zum nächsten Redner. Das Wort hat der Kollege Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Herr Kollege Becker.

(Dietmar Brockes [FDP]: Herr Becker hat nicht die Größe!)

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was hat das mit Größe zu tun? Ich bin der Auffassung, dass wir heute auch zu fortgeschrittener Stunde ein paar Sätze darüber reden sollten, wie dieser Haushalt insbesondere im Bereich Bauen und Wohnen und im Bereich Verkehr aussieht. Denn, um es vorneweg zu schicken: Dieser Minister ist im Bereich Wohnungsbau ein Leichtgewicht.

Ich habe es ihm im Ausschuss gesagt, und ich möchte es an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen: Es gibt keinen Minister, der einen derartig hohen Konsolidierungsbeitrag liefern musste wie Herr Wittke – und das ausgerechnet für den allgemeinen Haushalt und nicht zum Umschichten innerhalb des eigenen Faches, sondern schlicht und einfach für den Finanzminister.

Meine Damen und Herren, wir haben heute Morgen bereits in der Geschäftsordnungsdebatte über die 82 Millionen € diskutiert. An dieser Stelle möchte ich jetzt noch einmal deutlich sagen, wie durch diese Landesregierung das Wohnungsbauvermögen ausschließlich zum Zwecke der Haushaltssanierung geplündert wird.

Gerade an diesem Beispiel wird die Bedeutungslosigkeit des Ministers und dieses Ministeriums deutlich. Denn diese 82 Millionen € aus dem Wohnungsbauvermögen werden nicht zielgerichtet für die Städtebauförderung und die Modernisierung des Wohnungsbestandes eingesetzt.

Dabei wäre es nötig, dass wir bei der CO<sub>2</sub>-Sanierung in Nordrhein-Westfalen etwas drauflegen, wie das andere Bundesländer tun, die auch Bundesmittel erfolgreich abschöpfen. Es wäre nötig, dass wir im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit ein kombiniertes Programm auflegen, was wir bis jetzt nicht gemacht haben.

Das wäre insgesamt nötig, weil wir – da hat die Kollegin von der SPD völlig Recht – ausweislich des Pestel-Gutachtens in der Zukunft bei einem Teil der Kommunen in Nordrhein-Westfalen Wohnungsbauprobleme und Wohnungsbestandsprobleme bekommen, insbesondere auch im sozialen Wohnungsbau, in den niedrigen Preislagen und speziell auch bei dem Geschossflächenwohnungsbau, der für ältere und für behinderte Mitmenschen nötig ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie sind mit diesem Haushalt und den in den letzten Jahren immer wieder vorgenommenen Kürzungen auch bei den Städtebauförderungsinvestitionen nicht in der Lage, den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürger das zu geben, was in Zeiten des demografischen Wandels nötig ist. Sie sind nicht in der Lage, eine Wohnungsbaupolitik nach vorne mit Augenmaß zu betreiben. Das ist umso bedauerlicher, weil auf diesem Feld – man wagt es kaum, das zu sagen – Ihr Bundesbauminister-Pendant in den letzten Jahren eine ganz erhebliche Performance hingelegt hat.

Das ist aus meiner Sicht anders als im Verkehrsbereich, insbesondere bei der Bahn. Aber die Bundesmittel für den Umbau des Wohnungsbestandes sind da, auch in einer Höhe, wie sie in den Jahren zuvor nicht gegeben waren. Wer sich in den anderen Bundesländern umschaute, der wird feststellen, dass andere Bundesländer mit Kofinanzierungen, mit Zinssenkungen und auch mit der Forderung an den Bund, die Zinsen bei

der KfW wieder herunterzusetzen, erhebliche eigene Akzente gesetzt haben.

**(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)**

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Die Wohnungsbauförderung hat im Lande Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren das Opfer in den Fachtats gebracht. Wir hatten bei Antritt dieser Landesregierung Wohnungsbaufördermittel von rund 950 Millionen € im Jahr. Wir haben jetzt Wohnungsbaufördermittel von rund 840 Millionen € im Jahr. Das sind 110 Millionen €, die jedes Jahr fehlen. Die sind zum Teil aus der Wohnungsbauförderungsanstalt entnommen worden. Zum Teil sind sie auch durch eine falsche Politik wie zum Beispiel beim Wegfall der Fehlbelegungsabgabe zustande gekommen, wo Sie leichtfertig 35 bis 40 Millionen € jedes Jahr verschenken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer sich die Städtebaupolitik und die Wohnungsbaupolitik dieser Landesregierung anschaut, der muss zu dem Ergebnis kommen: Herr Minister Wittke bringt zwar sogenannte Konsolidierungsopfer, aber die Opfer sind letztlich die Bürgerinnen und Bürger. Wenn man sich dann anschaut, dass die Wfa mit der sogenannten Gewinnabschöpfung einen Betrag abschöpft, der teilweise aus der Umlage von Mieterinnen und Mietern, aus Wohnungsbauunternehmen – das sind in der Regel nicht die gut verdienenden Mieterinnen und Mieter – finanziert wird und dann im allgemeinen Haushalt verschwindet, dann ist das, meine Damen und Herren, auch wenn es offensichtlich einen Teil des Hauses überhaupt nicht interessiert, eine Zwangsabgabe ausgerechnet für diejenigen, die weniger Gehalt haben, und zwar über die Miete, die Wohnungsbauförderungsanstalt in den Haushalt von Herrn Linssen hinein.

Ich finde es empörend, dass ausgerechnet die sozial schwächeren Mieterinnen und Mieter eine solche Zwangsabgabe leisten. Das ist bezeichnend für Ihre Wohnungsbaupolitik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Becker. – Herr Minister Wittke spricht jetzt noch für die Landesregierung. – Wir dürfen auch gerne die Rede zu Protokoll geben. *(Siehe Anlage 1)*

Wir fahren fort mit dem **Teilbereich „Verkehr“**.

Ich gebe Herrn Wißen von der SPD-Fraktion das Wort.

(Bodo Wißen [SPD] gibt seine Rede zu Protokoll. [Siehe Anlage 2])

– Die Möglichkeit, seine Rede zu Protokoll zu geben, steht jedem offen. Das wird dokumentiert. Die Rede muss dann hier nicht gehalten werden.

Als Nächster wäre Bernd Schulte an der Reihe.

(Bernd Schulte [CDU] gibt seine Rede zu Protokoll. [Siehe Anlage 2])

– Wunderbar.

Herr Rasche, welche Meinung haben Sie? – Sie können jetzt reden, wenn Sie nicht gewillt sind, Ihre Rede zu Protokoll zu geben.

(Christof Rasche [FDP] gibt seine Rede zu Protokoll. [Siehe Anlage 2])

Ich frage als Nächsten den Kollegen Horst Becker. Möchten Sie reden? – Bitte schön. Herr Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort.

**Horst Becker** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Minister! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit gebe ich trotz der schlechten Verkehrspolitik dieses Landesfachministers meine Rede zu Protokoll. (Siehe Anlage 2)

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Das ist sehr ordentlich. Danke schön, Herr Becker.

Dann noch einmal der Minister.

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt wird geredet! Das ist klar, Herr Minister! Lückenfüller!)

**Oliver Wittke**, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im öffentlichen Personennahverkehr setzen wir mit der Verabschiedung dieses ...

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht so schnell reden!)

– Bitte, Frau Kollegin Walsken?

Ich glaube, da war eine Zwischenfrage, Frau Präsidentin.

(Gisela Walsken [SPD]: Er soll nur langsam reden, nicht so schnell!)

– Dann habe ich das missverstanden.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Das Wort hat jetzt der Herr Minister.

**Oliver Wittke**, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Frau Kollegin Walsken! Meine Damen und Herren! Im öffentlichen Personennahverkehr setzen wir die Neuordnung der Förderung auf der Grundlage des novellierten ÖPNV-Gesetzes im kommenden Jahr um. Die Auflösung der einzelnen Fördertöpfe und die Pauschalierung der Förderung machen sich auch im Haushalt bemerkbar. Zwei Einzeltitel und drei ganze Titelgruppen brauchen wir künftig nicht mehr. Mit fast 1,4 Milliarden € Gesamtvolumen halten wir die Mittelausstattung auf dem Niveau des Jahres 2007. Die Mittel verteilen sich auf die Förderbereiche wie folgt:

800 Millionen € werden als ÖPNV-Pauschale an die drei Kooperationsräume Rhein-Ruhr, Rheinland und Westfalen nach § 11 Abs. 1 des neuen ÖPNV-Gesetzes geleistet.

110 Millionen € sind als ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 des neuen ÖPNV-Gesetzes vorgesehen.

330,7 Millionen € sind für die pauschalierte Investitionsförderung nach § 12, für Investitionen im besonderen Landesinteresse nach § 13 des neuen ÖPNV-Gesetzes sowie für die Abwicklung begonnener Infrastrukturförderungen etatisiert.

130 Millionen € sind für die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr vorgesehen.

10,5 Millionen € sollen für Qualitätsmaßnahmen, Bürgerbusvorhaben, die landesweiten ÖPNV-Kompetenzcenter und ÖPNV-Gutachten eingesetzt werden.

(Gisela Walsken [SPD]: Herr Minister, der Rest kann jetzt zu Protokoll gegeben werden! Es reicht!)

Frau Präsidentin, kann man auch halbe Reden zu Protokoll geben? Dann würde ich von dem Angebot von Frau Walsken gerne Gebrauch machen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Minister, wir sind technisch auf alles eingerichtet. Wir können auch das machen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein, das finde ich nicht in Ordnung!)

**Oliver Wittke**, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Löhrmann, wären Sie so nett, sich zu einigen, ob ich nun dem Vorschlag von Frau Walsken

oder Ihrem Vorschlag folgen soll? So lange rede ich erst einmal weiter.

(Gisela Walsken [SPD]: Entscheiden Sie sich!)

Wir öffnen so den Gestaltungsspielraum der Aufgabenträger und überlassen diesen, selbst zu bestimmen, den ÖPNV mit den erhaltenen Finanzmitteln zu fördern.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist eine Farce hier!)

Ein Mehr an Effizienz können wir so durch ein Mehr an Eigenverantwortlichkeit in der Verwendung der Finanzmittel erreichen. Grundlage der Förderung wird das am 13. Juni vom Landtag beschlossene neue ÖPNV-Gesetz sein. Der Ausschuss für Bauen und Verkehr hat am 29. November sein Benehmen zu den neuen Verwaltungsvorschriften hergestellt, deren Umfang um 50 % reduziert werden konnte.

Sie wissen, dass künftig drei Zweckverbände, die übrigens pünktlich Anfang Januar ihre Arbeit aufnehmen werden, Bewilligungsbehörde für die Förderung von Investitionen im besonderen Landesinteresse werden. Der Übergang des dafür erforderlichen Personals von den Bezirksregierungen und die Finanzierung der Sachausgaben sind ebenfalls sichergestellt, sodass ein reibungsloser Übergang der Förderzuständigkeit gewährleistet ist.

Ich komme zur Schifffahrt: In der Binnenschifffahrt wird der Kanalausbau fortgesetzt. Bund und Land Nordrhein-Westfalen finanzieren die Ausbaumaßnahmen gemeinsam. Im Jahr 2008 stellen wir im Haushalt fast 4 Millionen € mehr als im Vorjahr, also insgesamt fast 10 Millionen €, für die Baumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung.

Zur Luftverkehrsförderung: Auch bei der Luftverkehrsförderung halten wir mit 23,2 Millionen € gegenüber 23,7 Millionen € im Jahr 2007 in etwa das Niveau der Förderung des Vorjahres. Dazu gehört weiterhin der Ausbau der Schwerpunktverkehrslandeplätze für den Geschäftsreiseluftverkehr, für den auch 2008 5,5 Millionen € vorgesehen sind.

Damit komme ich zum Straßenbau: Der Landesstraßenbau bleibt auch im Jahre 2008 Schwerpunkt der Verkehrspolitik. Wir halten trotz Haushaltskonsolidierung die für neue Investitionen in die Landesstraßen vorgesehenen Mittel auf dem Niveau von 133,7 Millionen € konstant. Wie in den vergangenen zwei Jahren liegt eine hohe Priorität vor allem bei der Erhaltung, um den durch jahre-

lange Unterfinanzierung aufgelaufenen Nachholbedarf abzuarbeiten. Dafür planen wir, im Haushaltsvollzug von den Neubaumitteln 4,7 Millionen € zur Verstärkung der Erhaltungsinvestitionen einzusetzen und werden somit im Jahr 2008 insgesamt 58 Millionen € für die Straßenerhaltung ausgeben.

Die Zuführung zum laufenden Betrieb des Landesbetriebs Straßenbau NRW sinkt im Jahr 2008 um rund 7,4 Millionen € auf rund 232,2 Millionen €. Die Mittelkürzung ergibt sich in erster Linie durch Einsparungen im Personalbereich aufgrund zwingender Einsparvorgaben der Landesregierung sowie struktureller Veränderungen beim Landesbetrieb.

Ich will gerne die Gelegenheit nutzen, den Kolleginnen und Kollegen von Straßen.NRW ein herzliches Dankeschön zu sagen, denn sie haben es durch eine effiziente Arbeitsweise nicht nur geschafft, mehr Straßenbauvorhaben in den vergangenen zwei Jahren planfestzustellen, sondern darüber hinaus einen wesentlichen Einsparbeitrag zu erbringen, auch über Plan hinaus, sodass wir allein im Jahr 2007 über 10 Millionen € zusätzlich in die Straßenunterhaltung investieren können.

(Beifall von CDU und FDP)

Durch die konsequente Umsetzung der im Jahr 2006 eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen und noch sparsameres Wirtschaften kann der Landesbetrieb Straßenbau somit seine Aufgaben mit weniger Personal bei gleicher, ich behaupte sogar, bei noch gesteigerter Qualität erfüllen.

Die Zuführung des Landes zur betrieblichen Unterhaltung der Landesstraßen bleibt im Jahr 2008 mit rund 69,8 Millionen € und die Zuführung zu betrieblichen Investitionen mit rund 18,2 Millionen € im Vergleich zu 2007 unverändert. Für die Förderung verkehrswichtiger kommunaler Straßenbauvorhaben stehen wie in diesem Jahr insgesamt 143,7 Millionen € zur Verfügung. Davon sind 129,8 Millionen € Bundeszuweisungen nach dem Entflechtungsgesetz, die vom Land durch Landesmittel in Höhe von 6,8 Millionen € zusätzlich verstärkt werden.

Abschließend sind auch zur Förderung des kommunalen Radverkehrs außerhalb der verkehrswichtigen Straßen 7,1 Millionen € vorgesehen.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Für den vorliegenden Entwurf des Bau- und Verkehrshaushaltes kann ich feststellen, dass neben verantwortungsvollen Konsolidierungsschritten dieser auch die erforderlichen Investitionen in die Bau- und Verkehrsinfrastruktur im Blick behält, um

die Modernisierung unseres Landes im Interesse der Bürgerinnen und Bürger voranzubringen. Schwerpunktbildungen und Konzentration auf das Machbare sind auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt aber nach wie vor unumgänglich. – Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen damit zu den **Abstimmungen** zum **Einzelplan 14**. Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge 47 und 48 ab.

Wir kommen zur laufenden Nummer 47: **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/5639**. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist SPD und Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich lasse nun abstimmen über die laufende Nr. 48: **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5682**. Wer dem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Die SPD. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 14** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5514**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir haben 20:09 Uhr. Wir sind also noch neun Minuten im Rückstand. Ansonsten haben wir viel Zeit aufgeholt.

Ich rufe **Einzelplan 13** auf:

#### **Landesrechnungshof**

Ich gebe den Hinweis auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5513.

Wir können direkt zur Abstimmung kommen, weil keine Debatte vorgesehen ist. Wer dem **Einzelplan 13** entsprechend der **Beschlussempfehlung** in der **Drucksache 14/5513** zustimmen

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle vier Fraktionen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe **Einzelplan 01** auf:

#### **Landtag**

Ich gebe den Hinweis auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5501.

Auch hierzu ist keine Debatte vorgesehen. Deshalb kommen wir zur Abstimmung über den **Einzelplan 01** entsprechend der Beschlussempfehlung **Drucksache 14/5501**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist einstimmig so **beschlossen**.

Meine Damen und Herren, wir sind damit für heute am Ende der Beratungen zu den Einzelplänen. Die **Haushaltsberatungen** werden an dieser Stelle **unterbrochen**.

Ich rufe auf:

## **2 Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4973

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Kommunalpolitik  
und Verwaltungsstrukturreform  
Drucksache 14/5588

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Löttgen von der CDU-Fraktion das Wort.

**Bodo Löttgen** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte die Rede gerne halb oder ganz zu Protokoll gegeben, aber ich versuche, sie kurz zu halten.

In der letzten Sitzung des Fachausschusses vor genau einer Woche sind zwei Punkte noch einmal sehr deutlich geworden.

Zum einen: CDU und FDP nehmen die Bedenken und Anregungen aus der Anhörung auf und setzen sie um. Lassen Sie mich als ein Beispiel den Artikel 61, § 4 anführen. Dort haben wir den Belastungsausgleich für die Kommunen, die Personal übernehmen, deutlich in Richtung der Forderung der kommunalen Spitzenverbände angepasst, was in der Folge natürlich auch eine An-